

Die Ersatzwahlen für den Regierungsrat sind richtungsweisend

Am 3. März finden die Wahlen für den Regierungsrat statt, gleichzeitig wird ein neuer Regierungspräsident gewählt. Die bürgerlichen Kräfte haben die beste Ausgangslage seit 20 Jahren, im Regierungsrat die Mehrheit zu erlangen.



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Nach der Wahl zum Bundesrat von Beat Jans muss das Regierungskollegium ergänzt werden. Das Verfahren ist so, dass gleichzeitig ein Regierungsrat und der Regierungspräsident gewählt werden. Regierungspräsident kann nur werden, wer auch als Regierungsrat gewählt ist.

Cramer für das Regierungs-Präsidium

Für das Regierungspräsidium bewerben sich drei Kandidaten: Mustafa Atici, SP, Jérôme Thiriet, Grüne und Conradin Cramer, LDP-Regierungsrat. Da Conradin Cramer bereits Regierungsrat ist, kandidiert er nur für das Regierungspräsidium und dort gegen die zwei erwähnten Kandidaten, welche zuerst am 3. März das absolute Mehr erreichen müssten, um überhaupt als Kandidat für das Präsidium antreten zu können. Es ist damit zu rechnen, dass es einen Zweiten Wahlgang geben wird, weil das absolute Mehr nicht erreicht wird. Falls Conradin Cramer für das Regierungspräsidium das absolute Mehr bereits am 3. März erreicht, ist er Regierungspräsident. Dann müsste im Zweiten

Wahlgang lediglich ein Regierungsrat gewählt werden.

Dieses Verfahren schildere ich Ihnen, weil wir diverse Anfragen erhalten haben, wie denn jetzt das Prozedere sei.

Urgese für den Regierungsrat

Da mit Conradin Cramer ein bestehender Regierungsrat fürs Präsidium kandidiert, stellt sich Luca Urgese, FDP, für das so potenziell freiwerdende Regierungsamtsamt zur Wahl. Mit Luca Urgese und Conradin Cramer stellen die bürgerlichen zwei Persönlichkeiten, welche die besten Voraussetzungen für das Amt eines Regierungsrats und des Regierungspräsidenten vorweisen können. Dabei geht es nicht um eine reine Ersatzwahl – es geht darum, dass für die bürgerlichen Kräfte erstmals seit langer Zeit eine grosse Chance besteht, die Mehrheit im Regierungsrat zu erreichen. Weshalb sind die Chancen gross? Der Kandidat der SP ist – auch bei objektiver Betrachtung - weniger geeignet als die beiden Bürgerlichen. Ein Vergleich der Leistungsausweise der Kandidaten zeigt das. Für das Regierungspräsidium braucht es Gewandtheit, Erfahrung in öffentlichen Auftritten, Sprachkompetenz in Englisch und Französisch, Kenntnis von «Land und Leuten» und einen gewissen Bekanntheitsgrad auch ausserhalb von Basel. Auch der Kandidat der Grünen könnte Basel weniger gut gegen innen und aussen vertreten als Conradin Cramer.

Für ein Regierungsamtsamt eignet sich Luca Urgese bestens. Er verfügt über langjährige Ratserfahrung und kennt die Anliegen der Wirtschaft von seiner Tätig-

Inhalt

Die Ersatzwahlen für den Regierungsrat sind richtungsweisend

Seite 1

Dr Fraktionspreesi verzellt....

Seite 2

Conradin Cramer: Warum ich Regierungspräsident werden will

Seite 3

Luca Urgese: Warum ich Regierungsrat werden will

Seiten 4

Renten-Initiative: Schlüssel zu einer nachhaltigen AHV

Seite 5

Keine 13. AHV-Rente auf dem Buckel der Jungen

Jungliberale: Unbeirrt voran

Seite 6

Wechsel in der LDP-Fraktion: Schade, aber auch belebend

Nicole Kuster: Eine «Neue» stellt sich vor

Ein «Adie» nach vielen guten Ideen

Seite 7

Santiglaus-Aktion: Von Süssem überrascht - und überraschende Reaktionen

LDP Riehen-Bettingen mit Erfolg

Seite 8

keit bei der Handelskammer beider Basel.

Mit Blick auf sehr wichtige Entscheide für die Zukunft des Kantons wie beispielsweise die Entwicklung von Area-

len für den Bau von Wohnungen, die Umsetzung der Beschlüsse zur Umwelt- und Klimapolitik, eine klare Wirtschaftspolitik, eine Verkehrspolitik, welche alle berücksichtigt braucht es eine Mehrheit der Bürgerlichen im Regierungsrat. Wenn die Exekutive klar Stellung nimmt gegen überriessene linke Anliegen wie Verzicht auf den Rheintunnel, Einführung einer enteignungsähnlichen Erbschaftssteuer für Vermögende, diverse gratis-Leistungen des Staates für alle, restriktive Investitionspolitik, Ausländerstimmrecht etc. kann die Zukunft des Kantons besser gestaltet werden als mit einer linken Regierungsmehrheit.

Es ist zu begrüßen, dass die SVP darauf verzichtet, eine eigene Kandidatur zu portieren und die Kandidaten der FDP und der LDP unterstützt. Leider hat sich die GLP nicht entscheiden können, das bürgerliche Team zu unterstützen.

Die bürgerliche Hilfe durch die Listenverbindung bei den Nationalratswahlen war der GLP willkommen, jetzt aber Farbe zu bekennen – dazu konnte man sich dort nicht durchringen.

Die Ausgangslage ist auch deshalb günstig, weil die Linken kürzlich zwei Abstimmungsniederlagen einstecken mussten: Die beiden Stadtklima-Initiativen wurden überraschend klar abgelehnt. Es ist zu hoffen, dass dieser Entscheid Anfang einer Trendwende in der kantonalen Politik ist.

Es braucht für die Wahlen aber Geschlossenheit und Einsatz der Bürgerlichen. Die LDP ist ein verlässlicher Partner und in der guten Lage, einen qualifizierten Kandidaten für das Regierungspräsidium zu stellen. Auch deshalb bin ich sicher, dass starke Unterstützung für unsere Kandidaten zu erwarten ist. Für Ihren Beitrag zum – wie nicht nur ich hoffe – Gelingen dieses Vorhabens danke ich Ihnen.

Conradin Cramer: Warum ich Regierungspräsident werden will

«Was? Du möchtest Regierungspräsident werden?» So haben sich in den letzten Tagen einige Leute bei mir gemeldet – fast schon ungläubig. In der Tat sprach zunächst auch für mich einiges dagegen: Ich habe bereits einen tollen Job als Vorsteher des grössten Departements des Kantons. Im Herbst 2024 stehen in Basel ohnehin Wahlen an – da braucht man nicht unbedingt einen Zusatz-Wahlkampf davor. Und das Risiko, eine Wahl zu verlieren, ist auch nicht besonders reizvoll. Und dennoch: Bauch und Kopf sagten mir nach der Wahl von Beat Jans in den Bundesrat dasselbe. Ich will es versuchen. Warum? Es gibt für mich im Wesentlichen sieben Gründe:

Basel braucht einen überzeugenden Auftritt:

Der Regierungspräsident vertritt Basel-Stadt nach aussen. Damit meine ich nicht nur das Repräsentieren, wenn hohe Gäste kommen oder an einem Jubiläum eine schöne Rede zu halten ist.



Sondern die ungemütlichen Situationen: Wenn der Bundesrat Knall auf Fall Verhandlungen mit der EU abbricht und damit unsere Exportindustrie gefährdet wird und unserer Universität ihre wich-



tigsten Forschungs Kooperationen abhandeln kommen, dann braucht es Klarheit aus Basel. Dann muss man hinstehen. Und ist glaubwürdig, wenn man die Dossiers und die Leute kennt. Oder wenn während einer Pandemie die Grenzen zu Frankreich und Deutschland geschlossen werden. Dann muss man mit den Partnern sprechen, um Wege für unsere Region zu finden. Das geht nur gut, wenn man die Partner gut kennt.

Dr Fraktionspreesi verzellt...



Lassen Sie mich - passend zum Jahreswechsel - einen kurzen Blick zurück werfen. Es war ein Jahr mit vielen Änderungen. Das begann schon mit unserem Sitzungslokal. Unsere Fraktionssitzungen haben wir am Aeschenplatz in der alten Börse abhalten dürfen. Dank dafür gebührt unserem Grossrat und Vizepräsidenten der LDP Michael Hug. Leider hat Corinne Eymann Bayer früh im Jahr Ihren Rücktritt eingereicht und sie konnte uns leider nur kurz als Grossrätin helfen, unser LDP-Leitbild zu leben. Hänzliche Dangg, liebe Corinne, für Deinen Einsatz. Neu in der Fraktion durften wir begrüßen und willkommen heissen: Adrian Iselein. Zwei weitere Rücktritte mussten wir zusätzlich verdauen: Dr. Jeremy Stephenson und Thomas Müry sind nach arbeitsintensiven und vielen Jahren im Amt als Grossräte verdient in den (Un-)Ruhestand getreten. Ein ganz herzliches Dankeschön an beide. An deren Stelle heissen wir auch willkommen: Nicole Kuster und Gabriel Nigon.

Politische Vorstösse der LDP im Jahre 2023 gab es nicht weniger als 35, von schriftlichen Anfragen über Interpellationen, Anzüge bis zu Motionen.

Einige Beispiele: Catherine Alioth hat betreffend Förderung der Mobilität von Basler Studierenden einen Vorstoss eingereicht, um zu erfahren, wie die Chancen aussehen, dass die Schweiz wieder dem Programm Erasmus+ beitreten kann. Alex Ebi hat mit einem Anzug breite Unterstützung erfahren betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen. Lukas Faesch hat interpelliert betreffend schikanierte Hauseigentümer und kritisiert dabei die neu geschaffene Wohnschutzkommission. Raoul Furlano interpelliert mit Fragen und Kritiken zu den Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen und fragt u.a. ob der Kanton es für gerechtfertigt haltet aufgrund ungenauer Statistiken, Unternehmen zusätzliche Bürokratie aufzubürden? Daniel Hettich hat einen Anzug eingereicht, um eine Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badi-

Fortsetzung auf S. 3

Das Regierungsteam braucht eine gute Teamleitung:

Der Regierungspräsident ist nicht der Chef im Regierungsrat, aber er leitet die Sitzungen. Er steht für das Gremium ein, er beeinflusst den Ton in den Sitzungen, er vermittelt, hält zusammen und deeskaliert. Das ist ziemlich anspruchsvoll in einem Siebner-Team aus Alphetieren unterschiedlicher politischer Couleur. Ich bin überzeugt, dass man ein Regierungsteam besser leiten kann, wenn man es bereits kennt und vorher selbst ein Departement geleitet hat.



Ein Regierungspräsident muss für alle da sein:

Seit sieben Jahren trage ich als Erziehungsdirektor Verantwortung für die Volksschule in Basel-Stadt. Die Volksschule ist für alle da: Sie will und sie muss jedes Kind in unserem Kanton aufnehmen und ausbilden. Die Volksschule integriert. Sie ist die Klammer um unsere Gesellschaft. In diesen sieben Jahren habe ich gelernt, was «für alle da sein» bedeutet. Und ein Regierungspräsident muss für alle da sein, nicht nur für diejenigen, die ihn gewählt haben.



Stadtentwicklung und Klimaschutz sind massive Herausforderungen:

Die Wohnbaupolitik in Basel ist, man kann es nicht freundlicher sagen, blockiert. Wenn Investitionen in Wohnbauten zurückgehen, wenn nicht mehr saniert und nicht mehr neu gebaut wird, ist das ein riesiges Problem. Der Regierungspräsident hat keinen Zauberstab, aber er kann mit allen Akteuren zusammen nach Lösungen suchen, um die Blockade zu durchbrechen. Hier hilft Erfahrung. Das gleiche gilt für den Klimaschutz: Wir haben uns da – mit klarem Volksentscheid – sehr viel vorgenommen. Jetzt gilt es zu liefern.



Kulturpolitik bleibt wichtig für Basel:

Die Kultur bzw. die dazugehörige Politik ist im Präsidialdepartement angesiedelt (früher war sie, leise Ironie, im Erziehungsdepartement). Basels Ausstrahlung nach innen und aussen hängt zu einem guten Teil an unseren Kulturinstitutionen. Die Kulturpolitik strategisch mitzuprägen, ist eine wesentliche Aufgabe und für mich auch eine Herzenssache.



Fortsetzung von S. 4

schen Bahnhof zu erreichen, ganz im Sinne eines attraktiven öffentlichen Verkehrs. Michael Hug versucht mit einer Motion eine Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren zu erreichen. Adrian Iselein hat einen Anzug eingereicht, damit der RR prüft und berichtet, wie eine Umnutzung von Büroflächen zu Wohnraum realisiert werden kann. Lydia Isler-Christ fordert Antworten betreffend Haltung des Regierungsrats zur Anpassung der Tarifstruktur für ambulante Physiotherapie. Philip Karger reichte einen Anzug ein, betreffend Antisemitismus-bekämpfung mittels Sichtbarkeit der Geschichte der Juden in Basel. Nicole Kuster ist die Motionärin betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101. Nicole Strahm-Lavanchy fragte u.a. in einer Interpellation, wie gross der Public-Private-Pay-Gap im Kanton Basel-Stadt ist und wie der Regierungsrat die Schlussfolgerung der Studie einordnet, die besagt, dass die hohen Löhne des Staats starken Druck auf die Privatwirtschaft ausüben. Schliesslich kümmert sich Annina von Falkenstein mit einer überwiesenen Motion betreffend «mit U-Abo bis zu den FHNW-Standorten Brugg und Olten» um faire Preise und fordert vom RR mit allen beteiligten Kantonen und Gemeinden eine finanziell gemeinsam getragene Herangehensweise spezifisch für die Zielgruppe zu verhandeln.

Selbstverständlich geschieht ein wesentlicher Teil der parlamentarischen Arbeit in den Oberaufsichts- und Sachkommissionen des Grossen Rates. Inhaltlich darüber zu berichten, verbietet die Geschäftsordnung des Grossen Rates in den §§ 60 (Vertraulichkeit) und 61 (Geheimhaltung). Was ich aber sagen darf ist, dass sich alle LDP Fraktionsmitglieder in ihren jeweiligen Kommissionen mit grossem Engagement für eine verantwortungsvolle, liberale und kluge Politik eingesetzt haben. Dies fällt in der jetzigen Zusammensetzung des Grossen Rates nicht einfach. Ich danke der LDP-Fraktion für die angeregten Diskussionen. Weiter lobe ich gerne die Zusammenarbeit und die wertvolle Unterstützung durch unsere Parteipräsidentin und Nationalrätin Patricia von Falkenstein, dem Vorstand und dem Sekretariat der LDP und last but not least- unserer Basis, denn ohne Sie geht gar nichts und die LDP braucht jetzt eine sehr starke Basis- Hätzlige Dangg.

Ihr Raoul Furlano

Das gesprochene Wort gilt etwas:

Als Regierungspräsident spricht man viel vor vielen Menschen. Das kann man besser oder schlechter machen.



Ich bin der Meinung, dass öffentliches Reden eine Verantwortung mit sich bringt und man es gut machen sollte.

Nicht belanglos, nicht langweilig. Diesen substantiellen Teil des Amtes gilt es gut auszufüllen.

Wir sind zu zweit:

Eine starke Motivation für meine Kandidatur ist, dass ich nicht alleine kandidieren muss. Mit Luca Urgese stellt sich ein erfahrener, fähiger Politiker und ein integrierender, ideenreicher Mensch zur Verfügung. Er verdient alle Unterstützung und wird ein guter Regierungsrat.

Luca Urgese: Warum ich Regierungsrat werden will

Als ich vor fast genau 20 Jahren – mit meiner Aufnahme als Mitglied der Jungfreisinnigen im Januar 2004 – in die Politik einstieg, war Basel bürgerlich regiert. Im Herbst desselben Jahres war es damit vorbei: Rot-Grün triumphierte bei den Wahlen und eroberte die Regierungsmehrheit. So sehr ich bestreiten würde, dass zwischen diesen beiden nur wenige Monate auseinanderliegenden Ereignissen ein kausaler Zusammenhang besteht, so sehr will ich dafür mitverantwortlich sein, diesen Zustand bürgerlicher Minderheit am 3. März 2024 wieder zu beenden.

Wir alle haben sehr unterschiedliche Motivationen, Politik zu machen. Meine Motivation ist sehr persönlich. Meine Grosseltern kamen in den 1950er-Jahren nach Basel. Trotz aller Widrigkeiten und Hürden, die das Leben der Italiener in der Schweiz prägten, bot die Schweiz die Möglichkeit, sich mit Beharrlichkeit, Fleiss und der nötigen Portion Glück einen bescheidenen Wohlstand zu erarbeiten.



Es war das grosse Ziel dieser ersten Auswanderer-Generation, dass es ihren Kindern besser gehen soll. Mein Grossvater erzählt mir noch heute stolz, wie er sich sprichwörtlich vom Tellerwäscher in einem Restaurant zu einer Anstellung bei einem Pharmaunternehmen bis zum Hauseigentümer in Riehen hochgearbeitet hat. Dieses Arbeitsethos prägte auch meine Eltern. Als Secondos lag ihnen viel daran, sich zu integrieren, sich weiterzubilden und ihren Kindern alle Chancen

zu bieten. Sie ermöglichten mir, der erste Akademiker der Familie zu werden. Daneben engagierten sie sich aber immer auch ehrenamtlich. All dies hat mich nicht nur in meinen politischen Einstellungen, sondern auch in meinem Handeln geprägt.



Parallel zu meiner Ausbildung zum Juristen war mir ehrenamtliches Engagement immer wichtig. Nicht nur in der Politik, sondern auch im Fussballverein oder heute noch im Gemeinnützigen Verein für Alterswohnungen. Weil ich davon überzeugt bin, dass unsere Gesellschaft nur dann funktioniert, wenn Jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwortung übernimmt und seinen Teil zum grossen Ganzen beiträgt. Seit über neun Jahren politisiere ich nun im Grossen Rat und hatte Einsitz in mehreren Sachkommissionen. Während fünf Jahren davon war ich Parteipräsident der FDP und erwarb in dieser Zeit sowohl politische Führungserfah-



ung als auch breite Dossierkenntnis. Ich durfte einige wichtige Geschäfte entscheidend mitgestalten und über Parteigrenzen hinweg Mehrheiten schmieden – sei es beim erfolgreichen Basler Steuerkompromiss, dem Vorstosspaket der Spezialkommission Klimaschutz oder einer besseren Betreuungsquote in der Sozialhilfe bei gleichzeitiger Senkung der Kosten für den Kanton. Als Stv. Leiter Standort & Politik der Handelskammer beider Basel mache ich mich zudem auch in meiner täglichen Arbeit für einen attraktiven Standort stark.

Gerade wenn in der heutigen Zeit rund um uns herum grosse Unruhe herrscht, dürfen wir selbstbewusst auf unsere Region blicken. Wir sind nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, wir sind offen und wir bieten den Menschen bei uns die Möglichkeit, sich frei und gemäss den eigenen Interessen zu entfalten. Dazu müssen wir grösste Sorge tragen und heute die richtigen Weichen stellen, damit wir unseren Wohlstand erhalten können. Damit auch künftige Generationen sich etwas aufbauen können, wovon sie ihren Enkeln mit Stolz erzählen können.

Renten-Initiative: Schlüssel zu einer nachhaltigen AHV

Die Altersvorsorge stellt seit Jahren eine der grössten Sorgen der Schweizer Bevölkerung dar - und das zu Recht. Die Finanzierung ist aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung in Gefahr. Die Renten-Initiative ist ein Lösungsansatz und ist ein Schlüssel da zu einer nachhaltigen AHV.

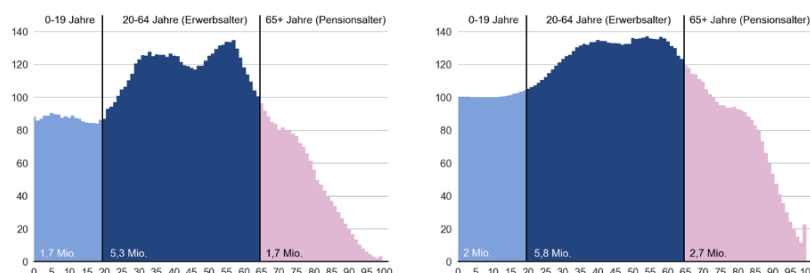


von Jonas Lüthy, Präsident Jungfreisinnige Basel-Stadt, Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz

Seit der Einführung der AHV im Jahr 1948 ist die Lebenserwartung nach der Pensionierung für Männer um acht Jahre und für Frauen um zehn Jahre gestiegen. Die Menschen werden immer älter und beziehen entsprechend länger eine Rente.

Die Konsequenz: Während vor 60 Jahren noch etwa sechs Erwerbstätige eine Rente finanzierten, sind es heute noch drei. Wir müssen der Realität ins Auge blicken: Wenn die AHV in den nächsten Jahren nicht reformiert wird, steht sie vor dem finanziellen Ruin. Fast alle anderen westeuropäischen Länder haben ihr Rentenalter der steigenden Lebenserwartung angepasst. Tatsächlich entschärft dieser Lösungsansatz das Problem, doch alleine ist

Die Babyboomer gehen in Rente
Bevölkerungsstruktur der Schweiz in den Jahren 2021 und 2050, in Tausend



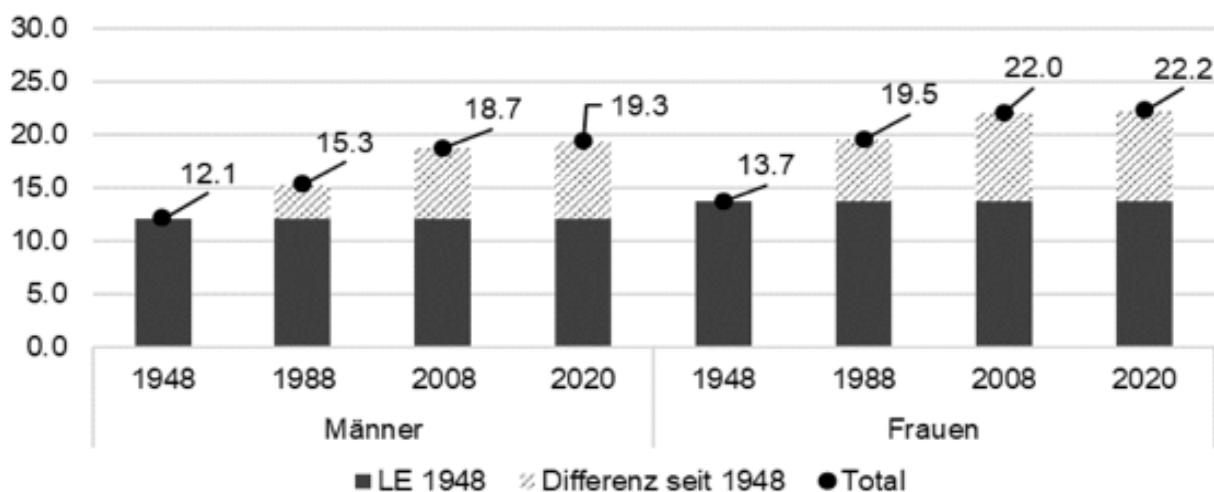
auch dieser Schritt nicht wirklich nachhaltig. Entsprechend ist neben der Erhöhung des Rentenalters in einem nächsten Schritt eine Kopplung an die Lebenserwartung angezeigt. Wenn die Lebenserwartung auch künftig ansteigt, wird das Rentenalter bei diesem Mechanismus automatisch erhöht. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen fordert genau diese Lösung zur langfristigen, finanziellen Sicherung unserer Altersvorsorge. Die Initiative fordert das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und eine anschliessende Kopplung an die Lebenserwartung. Selbstredend können nicht alle länger arbeiten, etwa wenn sie in körperlich anspruchsvollen Branchen arbeiten. Hier gibt es bereits heute Lösungen, die

auch in Zukunft bestehen bleiben sollen: So haben sich die Sozialpartner in der Baubranche beispielsweise auf ein Rentenalter von 60 Jahren geeinigt. Zudem: Auch ohne Vereinbarung mit ihrem Arbeitgeber können Männer und Frauen die Rente um ein oder zwei Jahre vorziehen. Diese beiden Möglichkeiten bleiben bestehen, wenn das Rentenalter auf 66 Jahre angehoben wird. Dar-

über hinaus wird im Rahmen der AHV21-Reform eine grössere Flexibilität des Rentenalters eingeführt.

Wir dürfen die zwei Themen aber nicht vermischen. Einerseits ermöglicht die Anhebung des Rentenalters, die stark angeschlagene AHV nachhaltiger aufzustellen. Andererseits müssen besonders betroffene Personen gezielt unterstützt werden, sei dies beispielsweise durch Frühpensionierungen, Weiterbildungen oder mit anderen Massnahmen. Fakt ist: Die Renteninitiative ist das einzige politische Projekt, welches die 1. Säule am Leben erhalten kann. Sie packt die Probleme bei der Ursache an und ist effektiv. Deshalb braucht es am 03. März dringend ein Ja zur Renteninitiative an der Urne!

Grafik 2: Lebenserwartung mit 65 und Anstieg seit 1948
Schweizer Bevölkerung



Quelle: BFS, Lebenserwartung nach Alter

Keine 13. AHV-Rente auf dem Buckel der Jungen

Die Generationengerechtigkeit funktioniert in beide Richtungen. Die 13. AHV-Rente verletzt dieses Prinzip gravierend: Sie fährt die AHV und somit die Renten zukünftiger Generationen finanziell an die Wand, führt zu einer unfairen Umverteilung von Arm zu Reich und geht verschwenderisch mit unseren Ressourcen um.

Das Prinzip der Generationengerechtigkeit funktioniert in beide Richtungen und ist ein integraler Teil unserer Gesellschaft: Junge unterstützen nicht nur ältere, indem sie ihnen ihre AHV-Renten über das Umlageverfahren finanzieren, sondern auch die älteren unterstützen die jüngeren Generationen, indem sie Sorge tragen zu unseren Ressourcen, und in nachhaltige Lösungen und Infrastruktur investieren, auch dann, wenn sie vielleicht selbst nicht mehr davon profitieren.

Ruinöse Initiative Die AHV-Renten sind nur noch bis 2030 gesichert, danach wird jedes Jahr mehr ausgegeben, als eingenommen wird. Angesichts dessen, dass in den nächsten 10 Jahren weitere 500'000 Menschen das Rentenalter erreichen werden, muss das Sozialwerk dringend saniert werden. Die Priorität sollte also klar sein, das aktuelle Rentenniveau für alle Generationen zu sichern. Die 13. AHV-Rente fordert stattdessen einen nicht-finanzierten Ausbau nach dem Motto "nach mir die Sintflut". Die Initiative

würde die AHV-Kasse im Rekordtempo leeren und hinterlässt kommenden Generationen einen Schuldenberg.

Unfaire Umverteilung

Pensionierte stehen finanziell besser da als Erwerbstätige: Sie haben im Schnitt ein sechsmal höheres Vermögen, doppelt so viele sind Hausbesitzer und sie erhalten den Grossteil aller Erbschaften. Die Erwerbstätigen und besonders junge Familien hingegen sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Genau sie würden aber die Kosten der 13. AHV-Rente tragen. Denn um die Finanzierungslücke infolge 13. AHV-Rente zu decken, müsste entweder die MWST auf einen Rekordsatz von 9.1 Prozent erhöht werden oder die Lohnbeiträge um 0.9 Prozentpunkte auf 9.6 Prozent steigen. Preiserhöhungen belasten Familien am meisten. Sie haben bereits mit den Krankenkassenkosten zu kämpfen. Lohnabgaben belasten die jüngeren Generationen unverhältnismässig, da sie diese noch über einen viel längeren Zeitraum einzahlen müssten, ohne dadurch mehr Rentenleistun-

gen zu erhalten. Eine effektive Umverteilung von jung und arm zu alt und reich ist nicht generationengerecht.

Verschwenderisches Giesskannenprinzip

Die 13. AHV-Rente wird nicht gezielt an finanziell schwächere Haushalte ausbezahlt, sondern an alle Rentnerinnen und Rentner. Aufgrund der proportionalen Berechnung der Rentenerhöhung gemäss dem bisherigen AHV-Leistungsniveau erhalten jene, die bereits heute eine Maximalrente beziehen, doppelt so viel zusätzlich wie jene mit einer Minimalrente. Bei hohen Kosten entsteht also ein vernachlässigbarer Nutzen. Ein solch verschwenderischer Umgang mit unseren Ressourcen ist inakzeptabel.

Jungliberale: Unbeirrt voran



von Benjamin von Falkenstein,
Präsident Jungliberale

Die Nationalratswahlen verlief nicht nur für die LDP enttäuschend, sondern auch für uns Jungliberale. Vor 4 Jahren waren wir noch die stärkste bürgerliche Jungpartei, nun waren wir beinahe das Schlusslicht aller Listen. Es ist uns offensichtlich nicht gelungen Wählerinnen und Wähler von unseren Ansichten und Anliegen zu überzeugen. Dies hält uns aber nicht davon ab, unsere durchaus erfolgreiche Arbeit weiterzuführen und Probleme im Kanton anzugehen. Ziel ist es, unsere Erfolge besser zu kommunizieren und unsere Leute bei den nächsten Wahlen auf die vorderen Ränge zu bringen.

Geselliges liberales Weihnachtessen

Unser Weihnachtessen (s. Foto links) fand seit vielen Jahren wieder einmal gemeinsam mit den Jungfreisinnigen statt. Mit unseren Schwesterparteien aus der Stadt und vom Land konnten wir das Jahr mit einer beachtlichen Anzahl an liberalen Freunden ausklingen lassen. Ende Januar trafen sich einige Mitglieder im Werk8 im Gundeli zum ersten Stammtisch des Jahres. Bei Bier, Cola, Hugo und guter Laune wurde über alles Mögliche diskutiert. Es laufen bereits die ersten Vorbereitungen für die im Herbst anstehenden Grossratswahlen



Nicole Kuster:

Eine «Neue» stellt sich vor

Vor einem Jahr durfte ich den frei gewordenen Sitz von Thomas Mury im Grossen Rat übernehmen und wurde am ersten Sitzungstag von allen Fraktionsmitgliedern offen empfangen, wofür ich mich herzlich bedanke.



von LDP-Grossrätin Nicole Kuster

Seither sind die Arbeiten für den Grossen Rat und in der parlamentarischen Bildungs- und Kulturkommission (BKK) fester Bestandteil meines Berufsalltags als Anwältin geworden. Nebenbei engagiere ich mich politisch für die LDP als Mitglied des Erziehungsrates sowie im Bürgergemeinderat. In meiner poli-

tischen Arbeit setze ich mich konsequent für die bürgerlichen Anliegen und liberalen Werte ein.

Ein wichtiger Teil der parlamentarischen Arbeit sind die Interpellationen, Anzüge und Motionen. Konkret habe ich mich im letzten Jahr mit folgenden Vorstössen für Verbesserungen und Innovationen in Basel eingesetzt:

- Task Force Wohnbau: Mit einer Interpellation wurde die Einsetzung einer Task-Force zur Bekämpfung der Wohnungsnot gefordert.

- Universität: Aufgrund der von mir initiierten Interpellation wurde darauf hingewiesen, dass an der Universität Basel ein Bachelor-Studiengang im Bereich der Nachhaltigkeit fehlt.

- Rheinufer: Aufgrund meines Anzugs wird geprüft, wie das karge Rheinbord zwischen Rheinbad Breite und Wettsteinbrücke sowie die Böschung des St. Johann-Rheinwegs umgestaltet werden kann.

- Kindergarten neben K&A Dreispitz: In unmittelbarer Nähe zur Kontakt- und Anlaufstelle für suchterkrankte Menschen auf dem Dreispitz (Walkenweg) ist der Bau eines neuen Schulhauses und eines Kindergartens geplant. Mit der von mir verfassten Motion wird eine

Für eine erfolgreiche politische Arbeit braucht es den regen Austausch mit den LDP-Mitgliedern, welche immer wieder Hinweise und Anliegen an mich herantragen und so zu meinem politischen Wirken beitragen. Dank diesen Hinweisen wird meine Arbeit noch spannender und vielfältiger. Ich freue mich auf ein weiteres Jahr im Grossen Rat und hoffe, dass die LDP im Herbst 2024 an das gute Wahlergebnis im 2020 anknüpfen kann.

Wechsel in der LDP-Fraktion: Schade, aber auch belebend

Wie unser Fraktionspräsident bereits in seinem Beitrag kurz erwähnt hat (S. 2), gab es in den letzten Monaten eine für die LDP-Fraktion eher unübliche Menge an Wechsellern. Dabei ging natürlich auch eine Menge Erfahrung und Wissen verloren.

Dies zählt sicher für Jeremy Stephenson, der umsichtig und fachkundig das Präsidium der Bau- und Raumplanungskommission geführt hatte. Da ihm Michael Hug dabei gehörig über die Schulter gucken konnte, dürfen wir uns auf eine ebenso souveräne Leitung durch Nachfolger Michael Hug freuen.

Vermissen werden wir auch den «geistlichen Beistand» unserer Fraktion in der Person von Thomas Mury, vor allem auch seine besinnlichen Gedanken im Gottesdienst vor jeder Grossrats-Session.

Leider nur kurze Zeit - aber in dieser unzweifelhaft eine Verstärkung - war Corinne Eymann in der LDP-Fraktion. Nach ihrem Rücktritt aus persönlichen Gründen sprang mit Adrian Iselin ein mehr als valabler Ersatz in die Bresche.

Im Wahlkreis Grossbasel-West rückten für Stephenson und Mury Nicole Kuster und Gabriel Nigon nach. Nicole stellt sich im Artikel auf dieser Seite gleich selbst vor und beweist, dass man auch in kurzer Zeit schon viel Wirkung erzielen kann.

In den nächsten Ausgaben unseres LIBERAL werden sich auch die anderen «Neulinge» vorstellen.

Methusalem André Auderset
(Dienstältester der LDP-Fraktion)

Ein «Aadie» nach vielen guten Ideen



Viele Jahre lang waren Christine Wirz-von Planta (Mitte) und Ursula Stolzenburg sozusagen das «Double.Brain» unzähliger Wahlkämpfe und LDP-Aktionen. Sie hatten die Ideen und sorgten auch gleich für die graphische Umsetzung - etwa bei den bald schon traditionellen Sommergruss-Inseraten der Liberalen. Auch die manchmal etwas spöttisch «Kopfsalat» genannten Plakate für die Grossrats- oder Bürgergemeinderats-Wahlen wurden von den beiden gestaltet und meist mit einem «Claim» versehen, der auffiel. Nun wollen sie etwas kürzer treten; Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein dankte Christine und Ursula an einer Parteiversammlung gegen Ende vergangenen Jahres herzlich, und auch von den Anwesenden kam ein donnernder Applaus.

Santiglaus-Aktion: Von Süssem überrascht - und überraschende Reaktionen



Traditionell verteilen LDP-Exponenten in der Vorweihnachtszeit kleine Schoko-Kläuse, ebenso traditionell spendiert von Heiner Vischer (MERCII!). Dabei kommt oft zu lustigen Begegnungen. So fragte im Gundeli eine Frau, von wem denn die Kläuse kämen. Auf die Antwort «von der LDP». antwortete sie: «ah, die wähle ich normalerweise nicht - aber die Schoggi nehm ich gerne, danke» und im Weglaufen drehte sie sich um und sagte «die Medici von Basel! Das finde ich gut, denn die Medici haben viele gute Sachen gemacht, das nützt uns hier auch.» In der Greifengasse überraschte eine Dame die Verteilenden mit einem Gegengeschenk: «Oh, das isch aber sehr nütt von Ihne. Dörf ich Ihne im Gegenzug e Seggli sälbergmachi Guzzi schängge?». Dieses wurde dankend angenommen. Auch zwischen Bundesplatz, Schützenhaus und Brausebad wurden die Santigläuse mehrheitlich gerne genommen. Einige lehnten ab weil sie keine Schoggi essen, andere schauten sich erst den Santiglaus und dann den LDP-Kleber an - und lehnten dann ab. Sehr erstaunt waren die Menschen, wenn ihnen dann gesagt wurde, man werde nicht automatisch LDP-Mitglied, wenn man die Schoggi isst. Eine kurze und knappe Aussage war: „Ihr sind jo gar nit so schlächt“.

LDP-Riehen Bettingen: Abstimmungssieg - auch dank grossem Engagement der LDP-Mitglieder und des zuständigen LDP-Gemeinderates

Am 26. November nahm die Riehener Stimmbevölkerung in einer Referendumsabstimmung die von der Gemeinde geplanten und in der Zuständigkeit von LDP-Gemeinderat Daniel Hettich liegenden Hochwasserschutzmassnahmen an. Mitglieder von Vorstand und Fraktion der LDP Riehen Bettingen engagierten für ein Ja zu den Hochwasserrückhaltebecken, deren Notwendigkeit mit der Überflutung des Dorfkerns im August 2022 einmal mehr deutlich wurde. Es ist der LDP jedoch wichtig, dass bei der Umsetzung der Massnahmen möglichst schonend mit der Natur in der Umgebung umgegangen wird.

Noëmi Crain Merz

PP
4010 Basel

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Februar 2024

Preis

Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage

1'400 Exemplare
erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen

LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion: André Auderset

Redaktionsadresse

Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate

Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Druck

Gremper AG, Basel/Pratteln